

Die Chancen der Sozialdemokratie

René Cuperus

Wie die europäische Sozialdemokratie ihre Wunden leckt

Die holländische PvdA ist auf Identitätssuche, ihre europäischen Schwesterparteien nicht minder. Auf internationalen Konferenzen, die der Autor vor kurzem besuchte, herrschte noch eine Atmosphäre, die an die »unheilschwangere Krisenstimmung« Anfang der 90er Jahre erinnerte. Die Sozialdemokratie betreibt Bestandsaufnahme, eingezwängt zwischen Modernisierung und populistischen Gegenbewegungen.

René Cuperus

(* 1960) ist Leiter der Abteilung Internationale Beziehungen und Senior Research Fellow bei der Wiardi-Beckman-Stiftung, der Denkfabrik der niederländischen PvdA.

rcuperus@pvd.nl



Quizfrage. In welchem Land geht es der Sozialdemokratie am schlechtesten: in Deutschland, England, den Niederlanden oder Frankreich? Wenn ich nach den Konferenz- und Seminareinladungen urteilen soll, die ich in der letzten Zeit aus diesen Ländern erhalte, muss die Antwort lauten: Die Lage ist eigentlich überall gleich miserabel.

Man könnte meinen, wir seien in einer Zeitmaschine in die frühen 90er Jahre zurückkatapultiert worden, damals lag ebenfalls eine solch unheilschwangere Krisenstimmung über der europäischen Sozialdemokratie. Es waren die Zeiten, als die britische *Labour Party* ein Jahrzehnt lang gegenüber den *Conservatives* von Margaret Thatcher als völlig unwählbar erschien und als die deutsche SPD mit einem Kanzlerkandidaten nach dem anderen an der massigen Gestalt von Helmut Kohl scheiterte. *De Volkskrant* hatte eine fröhliche Serie über die PvdA unter dem Titel

»De Partij van de Aftocht« (»Partei des Abzugs«) und die Franzosen führten einen prähistorischen Streit mit Trotzlisten und Kommunisten.

Es war gerade die Zeit vor dem Dritten Weg und der Neuen Mitte, dieser halb programmatischen, halb wahloportunistischen Anpassung der Sozialdemokratie an neue Zeiten und Umstände. Dieser hat, wie wir nun im Nachhinein feststellen können, zu einem enormen Glaubwürdigkeitsproblem der Sozialdemokratie bei ihrer Basis geführt. Die gut gemeinte »Modernisierung« des Versorgungsstaates (»Bewahrung durch Anpassung und Reform«) wurde von vielen als ein neoliberaler, unsozialer Abbau des Versorgungsstaates wahrgenommen. Die guten Absichten stießen zudem auf die knallharten (kulturellen) Ungleichheitstendenzen der neuen sich globalisierenden Welt. Das lieferte der links-populistischen Geschichtsinterpretation die passende Munition. Fügt man dem noch die aus schlecht gelenkter Massenmigration entstandene Unruhe hinzu, die Unterminierung des Nationalstaates und des »Nationalbewusstseins« durch die Europäisierung und die Kulturkrise solidarischer Umgangsformen, so wird deutlich, welchen Quellen die europäische Sozialdemokratie ihren alles andere als blühenden Zustand zu verdanken hat.

Die Sozialdemokratie muss wieder bei Null beginnen

Die Magie des »magical return of social democracy in a liberal era« – so lautete der Untertitel eines aktuellen Buches der *Wiar-di Beckman Stichting* und der *Friedrich-Ebert-Stiftung* – scheint völlig verflogen zu sein. Zurückgekehrt sind die düsteren, Nabelschau betreibenden Konferenzen über die Krise der Linken, die existenzielle Not der europäischen Sozialdemokratie usw. Kürzlich organisierte die britische internationale Denkfabrik *Policy Network* und das Londoner Büro der FES eine Konferenz in London. Die Agenda umfasste eine Reihe von Fragen: Wie geht man mit dem Erbe des Dritten Weges um? Brauchen wir eine Revision des Revisionismus? Wie kann eine globale und vielfältige Gesellschaft gerecht bleiben? Wie kann die Mitte-Links-Politik eine progressive Kraft des Wandels bleiben und gleichzeitig vertrauenswürdig auftreten und den verunsicherten Wählern soziale Sicherheit gewährleisten? Und in welcher Form und Kondition befinden sich unsere Parteien hinsichtlich ihrer intellektuellen und organisatorischen Fähigkeiten? Können sie den Erwartungen unserer komplexen Gesellschaften noch gerecht werden?

Solche Konferenzen sind für den Umgang mit gemeinsamen Erfahrungen und spezifischen nationalen Unterschieden zwischen der französischen PS und der britischen *New Labour* oder der deutschen SPD und der spanischen PSOE von besonderer Relevanz. Für eine Bewegung, die sich letztendlich international nennt, sind diese Treffen auch deshalb sehr wichtig, da sie eine Art gemeinsame Orientierung bilden.

In London wurde bereits über die bevorstehende Finanzkrise gesprochen, insbesondere im Hinblick auf die Situation von Geringverdienern. Und es wurde die Frage formuliert: »Wird es eine Art Rückkehr zur ›Planwirtschaft‹ geben, und was

für einen Staat und Markt wollen wir im globalen Finanzraum schaffen«?

Während die Festland-Sozialdemokraten bestrebt sind, ständige Reformen und Innovation zu befürworten – da sie unter der permanenten Bedrohung durch mächtige links- und rechtsextreme Populisten stehen – glaubt *New Labour* fest an den Grundsatz von »Reform, Reform, Reform«. Will Hutton von der *Work Foundation* sagte neue globale technologische Entwicklungen für das nächste Jahrzehnt voraus, die einen großen Einfluss auf die Wirtschaft und auf die Geschwindigkeit der Globalisierung haben werden. *Labour* müsste sich zwangsläufig diesen neuen Entwicklungen so schnell wie möglich anpassen. Auch James Purnell, Minister für Arbeit und Renten, äußerte sich optimistisch über die zukünftigen Herausforderungen der globalen Gesellschaft für Mitte-Links. *New Labour* muss sich mehr denn je radikalen Reformen unterziehen. Es ist Zeit für eine Veränderung. Einige, wie Deutsche oder Niederländer, wiesen auf die spaltende Dimension eines solchen politischen Diskurses hin, insbesondere im Hinblick auf die kulturellen Verwerfungen zwischen Gruppen mit niedrigem und hohem Bildungsstand innerhalb der traditionellen sozialdemokratischen Wählerschaft.

Ein bedeutender Teil der Londoner Konferenz widmete sich dieser kulturellen Dimension der Politik jenseits der Links-Rechts-Spaltung, bei der es um Identitätsfragen geht. Man erkennt hier ein problematisches Ungleichgewicht zwischen der sozialdemokratischen Elite und der traditionellen Stammwählerschaft.

Es ging auch um die Frage der Integration und ethnischen Vielfalt: Wieweit sollen sich Migranten der »Gastgesellschaft« anpassen? Und um die Beziehung von Nationalstaat und Europäischer Union: Inwieweit werden Landesgrenzen und nationale Souveränität zugunsten der supranationalen Zusammenarbeit ausgehöhlt?

Doch selbst innerhalb der sozialdemo-

kratischen Elite ist die Europa-Debatte weniger europhil. Der griechische Europa-Experte Loukas Tsoukalis stellte bei der Konferenz eine wachsende Kluft zwischen Praxis und Theorie in der EU fest. Mitte-Links sollte mit Wirtschaftsregulierungen und starken sozialen Standards der Marktliberalisierung viel aktiver gegenüberreten. Doch die Frage ist weiterhin, wie die europäische Politik ohne ein klares demokratisches Mandat der nationalen Wählerschaften umgesetzt werden kann.

Der Journalist John Lloyd appellierte eindringlich an sozialdemokratische Parteien, ihre Besessenheit auf die Regierungsmacht zugunsten einer neuen Demokratisierungsagenda zu mäßigen. Politische Parteien sind zu elitären Kaderparteien geworden. Sie haben die Verbindung und den Bezug zum Engagement der Basis verloren. Es gibt keine Plattform für den Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher sozioökonomischer Herkunft. Es gibt keine gefilterten Kanäle für die *vox populi* mehr. Politiker sind von Meinungsumfragen und verzerrten Medienimages abhängig. Dies ist eine Bedrohung für die Demokratie. Europäische Sozialdemokraten sollten von den Obama-Experimenten mit gesellschaftlicher Beteiligung und Engagement

lernen. Und dann kam auch noch die globale Finanzkrise ...

Politik als Führungsstreit

»Quel avenir pour la gauche européenne? La social-démocratie européenne au carrefour« war der Titel einer Konferenz in Paris, auf der ich Mitte Juni darüber sprechen sollte, wie die PvdA von links- und rechts-populistischen Bewegungen (vorübergehend natürlich) in die Zange genommen wird. Dieses internationale Kolloquium wurde vom *Centre Interdisciplinaire de Recherche Comparative en Sciences Sociales* (CIR) organisiert und beteiligt waren einige der wichtigsten Denker des *Parti Socialiste*.

Nun ja, Denker? Was bei französischen Sozialisten auffällt, ist, dass sie immer nur über Personen und den Streit zwischen politischen Führern sprechen. Das ganze Denken konzentriert sich auf den politischen Zustand im Zeichen von *les Éléphants*. Welcher Elefant wird der neue Parteivorsitzende und damit vielleicht Präsidentschaftskandidat: Delanoë, Aubry, Fabius oder doch Ségolène Royal? Diesen Debatten um die Führung wird die Ideen- und Kursdebatte völlig untergeordnet. Of-

fenbar durchzieht das gaullistische präsidentiale Denken sogar eine Partei, die im Prinzip nichts mit dem französischen präsidentialen System zu tun haben will.

Doch leider ist diese Fixierung auf Politik als Führungsstreit keine französische Spezialität. Die niederländische PvdA ist hiervon noch eine naive Ausnahme. In wirklich erwachsenen Ländern und Parteien geht es permanent um den Kampf um die Führung. Jeder Parteiführer wird immer von mindestens zwei Thronanwärtern herausgefordert. Diese stehen mit ihrer Hausmacht in den Kulissen bereit. Ich schätze, dass der Durchschnittspolitiker in solchen Ländern mindestens siebzig Prozent seiner Energie für parteiinterne Kriege aufwendet. Das Land regiert man nebenbei. Das ist etwas fürs Wochenende.

So spielte sich in der österreichischen SPÖ ein nahezu heiterer Coup ab. Der amtierende SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer wurde politisch abgesetzt, damit über Neuwahlen ein anderer populärer Führer, der bei der *Kronen Zeitung*, dem größten Boulevardblatt Europas, einen guten Stand hat, als Kanzler im Namen der SPÖ antreten konnte. Ging die Rechnung auf? – Trotz weiterer Verluste blieb die SPÖ stärkste Partei, jedoch wurden die beiden rechtspopulistischen Parteien zusammengenommen noch stärker.

Die SPD in Deutschland plagte sich seit dem Frühjahr mit einer Mischung aus Führungsstreit und einer programmatisch-inhaltlichen Regierungskrise. »Mangelnde Führungskraft, fehlende Vision, keine klare Programmatik, ein unklarer Kurs gegenüber der *Linkspartei*«, so fasst *Die Zeit* (4/6-2008) den Zustand unserer großen Mutterpartei, der deutschen SPD, handlich zusammen. Und das in einem Artikel mit dem vielsagenden Titel: »Keine Hoffnung, nirgendwo«. In der Tat ein Echo aus den 90er Jahren, als der deutsch-englische Soziologe Ralf Dahrendorf »das Ende der sozialdemokratischen Ära« feststellte. Nun heißt es in der *Zeit*: »Weder Krisenrhetorik noch

Ermahnungen oder gar Schönrederei können die Sozialdemokraten stabilisieren. Die Wähler wenden sich ab, der Vorsitzende (Kurt Beck) sinkt in den Sympathiewerten, der Fall scheint bodenlos. (...) Die Sozialdemokraten sind stolz auf ihre 145-jährige Geschichte. Unsterblich ist die Partei deshalb nicht.« Wird nun automatisch alles anders nach dem Abgang von Beck und der Übernahme des Duos Steinmeier-Müntefering? Wir müssen abwarten, was der Ausgang des verzögerten Kampfes zwischen den Modernisierern und dem linken Flügel der SPD unter dem Druck von Lafontaines linkspopulistischen *Linken* sein wird. Wird die Rückkehr zum guten alten Rheinischen Kapitalismus gegenüber dem scheiternden angelsächsischen Kapitalismus dem modernisierenden Flügel der SPD nutzen, oder wird das gegen ihn verwendet? Diese Frage ist weiterhin offen.

Und England? Die britische *New Labour* strotzte bis vor kurzem immer vor Selbstvertrauen. Dort, wo Frankreich und Deutschland die Verlierer der angelsächsischen Globalisierung waren, war London deren boomende Hauptstadt. Die City überholte die *Wall Street*, das West End wurde häufiger besucht als der Broadway, und London zog, nach dem Silicon Valley, die kreativsten und am besten ausgebildeten Migranten der Welt an. Bis sich zeigte, dass »Londonistan« auch hausgemachte Terroristen hervorbrachte und die Erfolgsgeschichte von London als *global capital* eine enorme, unsozialdemokratische Ungleichheit als Schattenseite hat.

Früher stattete die Sozialdemokratie des Kontinents Tony Blairs britischem Erfolgsmodell (auch wenn immer der Verdacht auf ideologischen Selbstverrat bestand) gelegentlich einen demütigen Besuch ab; seit kurzem kommen auch aus der Partei von Gordon Brown Konferenzeinladungen voller Wehmut. Die neuesten Wahlergebnisse in Italien und im Vereinigten Königreich haben nur bestätigt, worauf einige Beobachter bereits hingewiesen ha-

ben: die Phase der erfolgreichen sozialdemokratischen Modernisierung, die Mitte der 90er begann, ist nun zu Ende.

Weder Aktion noch Reaktion

Was ist los mit der Linken und der Sozialdemokratie? Hundert Ursachen, hundert Erklärungen, hundert Entschuldigungen. Damit ließen sich Bücher füllen. Wenn die Linke in der Defensive ist, liegt das daran, dass die Linke weder der Beschleuniger der liberalen Globalisierung ist (sondern nur ein unschlüssiger Mitläufer), noch dass sie die Reaktion dagegen vertritt: Das ist der nationale, populistische, fremdenfeindliche Reflex. Links ist also weder Aktion noch Reaktion. Es ist eine schwache Position.

Und wo die Linke in die Offensive gerät, liegt dies am Bereich der Identitätspolitik. Siehe die *primaries* der Demokraten in den USA. Dort standen in den Personen von Hillary *versus* Obama die Genderemanzipation der Frauen und die Minderheiten-Emanzipation der »Nichtweißen«

einander gegenüber (wobei »Gender« für mich noch immer so etwas ist wie ein Gewürz aus der veganen Küche). Aber die kulturpolitische Schlüsselfrage lautet auch hier für die amerikanischen (Sozial-)Demokraten: Wohin gehen letztlich die Stimmen von *Joe Sixpacks* »weißer Mittelklasse mit niedrigerem Bildungsstand« als Reaktion auf die Ersetzung von »Klassenpolitik« durch »Identitätspolitik«?

Auf einer dieser Schwarzmalerkonferenzen kam ein deutscher Professor mit einer glänzenden Idee, frei nach der Kriegsstrategie des Generals von Clausewitz. In Analogie zu einem Heer, das in die Verteidigung gezwungen wird und sich defensiv zurückzieht, um die Wunden zu lecken und wieder zu Kräften zu kommen, sollten wir uns die europäische Sozialdemokratie als ein Heer vorstellen, das sich im »Winterlager« regeneriert. Das ist ein schöner Gedanke, um sich in einen fröhlichen Winter zu begeben. Die Zeit heilt alle Wunden.

(Aus dem Niederländischen von Macfarlane International, englische Ergänzung von Julia Máté.)

Werner A. Perger

Warten auf Obama

Hoffnung auf eine neue Chance für Europas Sozialdemokraten

Die Malaise der europäischen Sozialdemokratie ist das etwas monotone Grundthema jeder Überlegung zur europäischen Parteienlandschaft. Grund genug gab und gibt es dazu. Es könnte allerdings sein, dass der Tiefpunkt des Jammertals durchschritten ist.

Werner A. Perger

(* 1942) promovierter Jurist, ist freier Journalist und Autor, schreibt hauptsächlich für die *Zeit*. Er beschäftigt sich vor allem mit der Diskussion politischer Ideen und Programme in Europa und mit Problemen der Demokratie. Er lebt und arbeitet in Berlin.

perger@zeit.de



Egal wie die linken Traditions-, Arbeiter- und Volksparteien sich selbst einordnen, ob links der Mitte oder vorsichtiger als »Mitte-Links«, Krise und Schwund an Wählern und Mitgliedern waren nahezu überall ihr ständiger Begleiter, ein Schatten, der auf die Stimmung drückte und die Zukunft verdunkelte. Es könnte aber bald zu Aufhellungen kommen.